



Denkmal in Almaty © Amnesty

URGENT ACTION

FRAU GEGEN KAUTION

FREIGELASSEN

KASACHSTAN

UA-Nr: **UA-063/2018-1** AI-Index: **EUR 57/8236/2018** Datum: **18. April 2018** - mr

Frau **AKMARAL TOBYLOVA**
und andere, die wegen der Äußerung ihrer politischen Ansichten inhaftiert sind

Die gewaltlose politische Gefangene Akmaral Tobylova wurde am 13. April gegen Kaution aus der Haft entlassen. Sie stand seit dem 13. März unter Hausarrest und wird beschuldigt, eine extremistische Organisation zu unterstützen, nur weil sie die Website einer Oppositionspartei besucht hat.

Am 13. April entschied ein Gericht, Akmaral Tobylova aus medizinischen Gründen gegen Kaution aus der Haft zu entlassen; die Grafikdesignerin ist schwanger. Amnesty International geht davon aus, dass die Entscheidung des Gerichts vor allem auf die Arbeit des Menschenrechtsbeauftragten zurückzuführen ist, der angegeben hatte, dass sich sein Büro dafür einsetze, dass Akmaral Tobylova Zugang zu medizinischer Versorgung erhält. Akmaral Tobylova wurde seit dem 13. März in Hausarrest gehalten. Sie bleibt aber weiterhin angeklagt, eine extremistische Organisation zu finanzieren, nur weil sie auf der Website der Partei *Demokratische Wahl Kasachstan* war. Sie berichtete dem Internationalen Büro für Menschenrechte in Kasachstan: „Ich habe lediglich ihre Internetseite besucht und die Nachrichten darauf gelesen. Darauf stand nichts Verbotenes. Mich interessierte ihr Programm, da sie gute Sozialleistungen und Wohnungen versprochen.“

Am 13. März erklärte das Gericht in Yesilsky in der kasachischen Hauptstadt Astana die Partei *Demokratische Wahl Kasachstan* aufgrund vage formulierter Anti-Extremismusgesetze zu einer extremistischen Organisation, weil sie „nationalen Unfrieden schüre“. Eine Mitarbeiterin des Büros der Generalstaatsanwaltschaft sagte, dass die Partei „ein negatives Bild der derzeitigen Behörden entwerfe und Protesthaltungen hervorrufe“. Sie kündigte an, dass jede Unterstützung für die Oppositionspartei, auch Kommentare in den Sozialen Medien, als Straftatbestand betrachtet und nach den Anti-Extremismusgesetzen verfolgt würde.

Blogger_innen, Aktivist_innen und andere Personen werden nach wie vor von der Polizei befragt und festgenommen, nur weil sie ihre Unterstützung für die Oppositionspartei *Demokratische Wahl Kasachstan* zum Ausdruck bringen. Amnesty International überprüft gerade den Vorwurf, dass eine Frau in einem psychiatrischen Krankenhaus festgehalten werden soll, weil sie Unterstützung für die *Demokratische Wahl Kasachstan* ausdrückte.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Die Partei *Demokratische Wahl Kasachstan* wurde 2001 von einer Gruppe bekannter Politiker_innen und Geschäftsleuten gegründet. Ihr wurde seither mehrmals die Eintragung verweigert. Auf ihrer Website fordert die Gruppe unter anderem die Abschaffung des Präsidentenamtes und die Einrichtung einer parlamentarischen Republik.

Amnesty International hat die starken Einschränkungen des Rechts auf freie Meinungsäußerung in Kasachstan bereits dokumentiert. In dem 2017 veröffentlichten Bericht „Think before you post: Closing down social media space in Kazakhstan“ (AI EU57/5644/2017) dokumentierte die Organisation das Vorgehen der Behörden, um die Sozialen Medien als Raum „zu schließen“, in dem Menschen in Kasachstan ihr Recht wahrnehmen können, sich

AMNESTY INTERNATIONAL Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.
Urgent Actions
Zinnowitzer Straße 8 . 10115 Berlin
T: +49 30 420248-0 . F: +49 30 420248-321 . E: ua-de@amnesty.de . W: www.amnesty.de/ua

SPENDENKONTO 80 90 100 . Bank für Sozialwirtschaft . BLZ 370 205 00
BIC: BFSWDE33XXX . IBAN: DE2337020500008090100

AMNESTY
INTERNATIONAL



kritisch zu äußern und wo sie Zugriff auf eine größere Bandbreite von Informationen aus verschiedenen Quellen haben. Die jüngste Verhaftungswelle und Strafverfolgungsdrohungen sind ein unverblümter Angriff auf das Recht auf freie Meinungsäußerung.

Eines der Gründungsmitglieder der Partei *Demokratische Wahl Kasachstan* ist Mukhtar Ablyazov, ein ehemaliger Minister und Vorsitzender der BTA Bank. Er floh aus Kasachstan, als die Behörden 2009 die BTA Bank übernahmen und ihm Finanzverbrechen zur Last legten. Zurzeit lebt er im Exil in Frankreich, wo ein Auslieferungsverfahren gegen ihn läuft.

SCHREIBEN SIE BITTE

FAXE, E-MAILS UND LUFTPOSTBRIEFE MIT FOLGENDEN FORDERUNGEN

- Stellen Sie bitte die Strafverfolgung gegen Akmaral Tobylova und alle anderen unter den Anti-Extremismusetzen angeklagten Personen ein, die nur friedlich ihre Menschenrechte wahrgenommen haben.
- Ändern Sie bitte auch die zu weit gefassten Passagen der Anti-Extremismusetze ab, um zu gewährleisten, dass sie nicht missbraucht werden, um gegen politische Gegner_innen vorzugehen und Dissens zu verhindern.
- Vergessen Sie nicht, dass Sie dazu verpflichtet sind, die Rechte auf Meinungs- und Vereinigungsfreiheit zu wahren und zu schützen.

APPELLE AN

GENERALSTAATSANWALT

Kairat Kozhamzharov
14 Orynbor Street
Astana, 010000
REPUBLIK KASACHSTAN
(Anrede: Dear Prosecutor General / Sehr geehrter Herr
Generalstaatsanwalt)

Fax: (00 7) 7172 506 402

MENSCHENRECHTSBEAUFTRAGTER

Askar Shakirov
Dom Ministerstv, 15 podezd
Astana, Levy Bereg
REPUBLIK KASACHSTAN
(Anrede: Dear Askar Shakirov / Sehr geehrter Herr Shakirov)

Fax: (00 7) 7172 740 548

E-Mail: ombudsman-kz@mail.ru

KOPIEN AN

AUBENMINISTER

Kairat Abdrakhmanov
ul. D. Kunaeva 31
Astana, 010000
REPUBLIK KASACHSTAN
E-Mail: mfa@mfa.kz

BOTSCHAFT DER REPUBLIK KASACHSTAN

S. E. Herrn Bolat Nussupov
Nordendstraße 14/17
13156 Berlin

Fax: 030-4700 7 125

E-Mail: info@botschaft-kaz.de

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle **möglichst sofort**. Schreiben Sie in gutem Kasachisch, Russisch, Englisch oder auf Deutsch. Da Informationen in Urgent Actions schnell an Aktualität verlieren können, bitten wir Sie, nach dem **30. Mai 2018** keine Appelle mehr zu verschicken.

Weitere Informationen zu **UA-063/2018** (EUR 57/8122/2017, 27. März 2018)

PLEASE WRITE IMMEDIATELY

- Calling on them to halt the criminal proceedings against Akmaral Tobylova and any others who have been charged under anti-extremism legislation simply for the peaceful exercise of their human rights.
- Urging them to amend vaguely-worded provisions in anti-extremism legislation and ensure that they are not misused to target political opponents and stifle dissent.
- Reminding them of their obligation to respect and protect the rights to freedom of expression and association.

**AMNESTY
INTERNATIONAL**

